

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Die anhaltende Krise an den Finanzmärkten und die Gefahr ihrer weiteren Ausbreitung machten in der vergangenen Woche ein rasches politisches Handeln erforderlich. Um zu verhindern, dass sich die finanzielle Situation einer Reihe von Euro-Staaten weiter verschärft, haben wir in einer Sondersitzung ein weiteres Rettungspaket für die Finanzmärkte auf der Basis der EU-Vereinbarungen auf den Weg gebracht. Wir tun dies aus wohlverstandenen nationalen Interesse heraus: Eine weitere Eskalation der Krise würde die Zahlungsfähigkeit einer Reihe von Staaten, den Fortbestand der gesamten Währungsunion und damit die Stabilität unserer Währung gefährden. Künftig soll es möglich sein, Euro-Staaten finanziellen Beistand zu gewähren, wenn diese durch außergewöhnliche Ereignisse ernstlich von der Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. So soll die Europäische Union Finanzmittel im Volumen von bis zu 60 Mrd. Euro bereitstellen und eine Stabilitätsgemeinschaft entstehen, die zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit Kredite im Umfang von bis zu 440 Mrd. Euro gewähren kann. Auch wird sich der Internationale Währungsfonds mit 220 Mrd. Euro am Rettungsschirm für den Euro beteiligen (weiter S. 2).

IFE

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Rettungsschirm für den Euro	...S.2
NRW braucht eine stabile Regierung	...S.2
Freiwillige Verlängerung des Zivildienstes	...S.3
Stabilisierung des Finanzsektors	...S.5
Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo	...S.5
Berufsbildungsbericht 2010	...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Rettungsschirm für den Euro



Die Kredite der Stabilitätsgemeinschaft werden durch die teilnehmenden Euro-Staaten garantiert. Auf Deutschland entfällt damit ein maximaler Garantieanteil von 123 Mrd. Euro, der im äußersten Notfall durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages um bis zu 20 % erhöht werden kann. Voraussetzung für die Übernahme der Gewährleistung ist sowohl ein einvernehmlicher Beschluss aller Euro-Staaten als auch ein umfassendes Konsolidierungsprogramm, das der betroffene Staat zuvor mit dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission unter Mitwirkung der Europäischen Zentralbank vereinbart haben muss.

Ingrid Fischbach: „Als zwingende Konsequenz aus der Krise wollen wir den unter Rot-Grün ausgehöhlten und geschwächten Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder stärken. Die Europäische Kommission hat hierzu in der vergangenen Woche Vorschläge unterbreitet, die in die richtige Richtung führen. Zudem fordern wir die Bundesregierung auf, sich über die Bankenabgabe hinaus auf europäischer und globaler Ebene für eine wirksame Finanzmarktsteuer – das heißt: Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätssteuer – einzusetzen und so schnell als möglich auch zu nationalen Maßnahmen zu kommen.“

Dazu gehört beispielsweise das Verbot von ungedeckten Leerverkäufen. Wir werden zudem die europäische Ratingagentur voranbringen und wir werden natürlich auch dafür sorgen, dass die Maßnahmen, die wir bereits im Gesetzgebungsverfahren haben, beschleunigt werden, so beispielsweise die Kontrolle der Hedge-Fonds.“

NRW braucht eine stabile Regierung

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen hat die CDU ein schmerzliches Wahlergebnis erzielt, gleichwohl bleiben wir

mit einem knappen Vorsprung stärkste Partei im Landtag. Dies sollten wir bei aller berechtigten Selbstkritik nicht aus den Augen verlieren.



Ingrid Fischbach: „Diese Tatsache muss auch die Spitzenkandidatin der SPD anerkennen, unter der die Sozialdemokraten in NRW das schlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte eingefahren haben. Hannelore Kraft hat vor der Wahl immer erklärt, dass die Linke in NRW nicht koalitionsfähig sei. Daran hat sich seit dem Wahltag nichts geändert. Noch immer strebt die Linke eine sozialistische Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung an, noch immer fördert sie in ihren Reihen offen extremistische Strömungen. Obwohl die Linke in NRW nicht koalitionsfähig ist, will Frau Kraft nun gleichwohl mit dieser Partei Sondierungsgespräche führen. Letztlich legt sie damit dasselbe Verhalten an den Tag, das schon die ehemalige hessische SPD-Vorsitzende Andrea Ypsilanti gezeigt hat.“

Mit der Linkspartei ist in NRW keine Zusammenarbeit möglich. Nordrhein-Westfalen braucht vielmehr eine stabile Regierung und kein Experiment, mit dem die Sozialdemokraten im Labor der Landespolitik neue Koalitionsmöglichkeiten für den Bund im Jahr 2013 erproben wollen.



Freiwillige Verlängerung des Zivildienstes

In dieser Woche haben wir uns mit unserem Koalitionspartner auf die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes verständigt. Die gefundene Lösung kommt den Interessen aller Beteiligten bestmöglich entgegen und ist ein wichtiger Schritt bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages.

Ingrid Fischbach: „Wer nach Beginn des Zivildienstes erkennt, dass er diesen Dienst, vielleicht auch berufsvorbereitend, weiter ausüben möchte, bekommt die Möglichkeit, sich für eine Verlängerung zu entscheiden. Eine solche Verlängerungsoption

Wußten Sie schon,

... dass 11 Prozent aller Unternehmen in Deutschland ihre Produkte und Dienstleistungen im Jahr 2008 über das Internet verkauft haben? Der Online-Handel stagnierte damit auf dem Niveau vom Jahr 2004.

für 3 bis 6 Monate kann dann noch bis zu zwei Monate nach Beginn des Zivildienstes gewählt werden. Die freiwillige Verlängerungsoption ist für die Zivildienstleistenden finanziell vorteilhaft und zudem unbürokratisch. Insgesamt bedeutet die gefundene Lösung Sicherheit für die Anbieter von Zivildienstplätzen, denn sie haben jetzt die Möglichkeit, die Jugendlichen auch länger als 6 Monate zu beschäftigen.“



Mit der weiteren Vorgabe, die Struktur der Freiwilligendienste bis Mitte Juni zu überarbeiten, werden auch diese für interessierte Jugendliche weiter attraktiv gehalten. Sowohl Zivildienst als auch die klassischen Freiwilligendienste können so ihre wichtigen Aufgaben für unsere Gesellschaft in der bewährten Weise wahrnehmen.

Für Sie noch einmal eine kurze Übersicht über die Entwicklung des Wehr- und Zivildienstes in Deutschland:

WEHRDIENST: Dazu sind in Deutschland im Prinzip alle Männer im Alter von 18 bis 45 Jahren verpflichtet.

Im Westen rückten 1957 die ersten Wehrpflichtigen in die Kasernen ein. Bislang waren es insgesamt mehr als acht Millionen. 1962 führte auch die damalige DDR die Wehrpflicht ein. 2009 wurden 68 300 junge Männer einberufen, ihren Grundwehrdienst oder einen freiwillig verlängerten Dienst abzuleisten. Die Dauer des Dienstes wurde immer wieder geändert. Anfangs waren es 12 Monate, in den 1960er Jahren 18 Monate, seit 2002 waren es 9 Monate. Künftig sollen es nur noch sechs sein. Von den insgesamt knapp 254 000 Bundeswehrsoldaten haben sich 20 000 freiwillig zu einem längeren Dienst verpflichtet. Seit 2001 dürfen auch Frauen Dienst an der Waffe tun. Die Wehrpflicht gilt jedoch weiterhin nur für Männer.

ZIVILDIENTST: Er ist eng mit dem Wehrdienst verknüpft.

Er wurde 1961 für Wehrpflichtige eingeführt, die den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen verweigern. Anfangs dauerte

er 15 Monate, Ende der 80er Jahre sogar 20. Damals legte ein Gesetz fest, dass der Zivildienst ein Drittel länger sein musste als der Wehrdienst. Auch der Zivildienst soll von neun auf sechs Monate verkürzt werden. Freiwillig können ihn die «Zivis» um drei bis sechs Monate verlängern. 2009 wurden 90 555 Kriegsdienstverweigerer zum Zivildienst einberufen. Die meisten von ihnen arbeiten im sozialen Bereich.(Quelle:dpa)



Stabilisierung des Finanzsektors

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Stabilisierung des Finanzsektors – Eigenkapitalvorschriften für Banken angemessen überarbeiten** unterstützen wir das Ziel der Stärkung des globalen Finanzsystems durch eine harte und effiziente Regulierung der Finanzmärkte. Zur Vorbeugung künftiger Risiken auf den Finanzmärkten sind Anpassungen an den Eigenkapitalregeln von Basel II notwendig.

Ingridi Fischbach: „Dabei muss im Rahmen der internationalen Verhandlungen auch weiterhin darauf geachtet werden, dass die Chancengleichheit im Wettbewerb sowohl weltweit zwischen international tätigen Kreditinstituten als auch zwischen national und international tätigen Kreditinstituten sowie zwischen Kreditinstituten verschiedener Institutsgruppen in Deutschland aufrechterhalten, wo nötig verbessert und eine Benachteiligung für die mittelständische Wirtschaft vermieden wird.“

Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo

Wir debattierten in dieser Woche die **Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR)**. Es handelt sich um ein unbefristetes Mandat. Auf Wunsch der Fraktionen der CDU/CSU und FDP erfolgt eine konstitutive Befassung des



Spruch der Woche

"Steuersenkungen werden auf absehbare Zeit nicht durchsetzbar sein."

Angela Merkel
(CDU) nach dem
Wahldebakel in
Nordrhein-Westfalen

Deutschen Bundestages. Die internationale Truppenpräsenz KFOR wird zur Aufrechterhaltung eines sicheren Umfeldes so lange für erforderlich gehalten, bis die Sicherheitsorgane des Kosovos, unterstützt durch die Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX, die Sicherheit aller Bevölkerungsgruppen im Kosovo gleichermaßen gewährleisten kann. Im Norden Kosovos, insbesondere in der zweigeteilten Stadt Mitrovica, ist das Eskalationspotential weiterhin hoch. Da sich die Lage aber insgesamt weiter stabilisiert hat, soll die Personalobergrenze des deutschen Einsatzkontingents von bislang 3.500 auf 2.500 Soldaten gesenkt werden.



Berufsbildungsbericht 2010

Mit dem **Berufsbildungsbericht 2010** hat uns die Bundesregierung in dieser Woche über die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt unterrichtet, die trotz der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vergleichsweise stabil geblieben ist, da auch die Zahl der ausbildungsinteressierten jungen Menschen demografiebedingt deutlich gesunken ist. Zum zweiten Mal in Folge registrierte die Bundesagentur für Arbeit weniger unversorgte Bewerber/Bewerberinnen als unbesetzte Ausbildungsplätze. Andererseits gestaltet sich der Einstieg in Ausbildung für eine nicht zu unterschätzende Zahl von Jugendlichen weiterhin schwierig.

Ingrid Fischbach: „Auf diese Zielgruppe muss künftig verstärkt die Aufmerksamkeit gerichtet werden, auch um den Fachkräftenachwuchs für Deutschland zu sichern. Mit unserem Antrag **Qualitätsoffensive in der Berufsausbildung** fordern wir die Bundesregierung auf, die Verzahnung der Übergänge von Schule und Ausbildung gemeinsam mit den Ländern und Sozialpartnern zu verbessern. Dazu sollen Maßnahmen zur individuellen Begleitung, zur frühzeitigen Berufsorientierung und zur Bildungsberatung auf hohem Niveau weiterentwickelt werden mit dem Ziel eines flächendeckenden Netzwerks von Berufsorientierung und Bildungsberatung.“



... das Allerletzte!

Mehr als drei Millionen Menschen arbeiten ständig oder regelmäßig nachts zwischen 23 und 6 Uhr und verzichten dafür sogar gelegentlich auf ihre Nachtruhe.